

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11210

"Bericht zur Situation der Osteopathie"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11210 vom 28.04.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/12119 des GP vom 31.05.2016
3. Beschluss des Plenums 17/12366 vom 07.07.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 07.07.2016



## **Antrag**

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher SPD**

### **Bericht zur Situation der Osteopathie**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die derzeitige Situation und künftige Entwicklungsmöglichkeiten der Ausübung der Osteopathie in Deutschland zu berichten.

Dabei sollen insbesondere die folgenden Fragen behandelt werden:

1. Wie ist die Ausübung der Osteopathie derzeit rechtlich geregelt? Wie viele Personen besitzen in Bayern derzeit die Berechtigung zur Ausübung der Osteopathie?
2. Wie groß ist unter den die Osteopathie ausübenden Personen in Bayern die Zahl der Physiotherapeutinnen / Physiotherapeuten, Ärztinnen / Ärzte und respektive der Heilpraktikerinnen / Heilpraktiker?
3. An welchen Ausbildungsstätten in Bayern wird die Osteopathie derzeit in welchem Umfang unterrichtet?
4. Welche Konsequenzen hat das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege bis heute aus dem Urteil des Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf vom 8. September 2015 (Az. I-20 U 236/13) gezogen? Sind diese Maßnahmen im Einklang mit anderen Bundesländern erfolgt? Wenn nicht: Zu welchen abweichenden Schlussfolgerungen kommen ggf. vergleichbare Flächenländer?
5. Ist das Thema Gegenstand von Beratungen in der Gesundheitsministerkonferenz und wenn ja, mit welchen Lösungsvorschlägen?

6. Wie beurteilt die Staatsregierung folgende Optionen zur Neugestaltung der Regelungen zur Ausübung der Osteopathie vor dem Hintergrund des Urteils des OLG Düsseldorf vom 8. September 2015 (Az. I-20 U 236/13)?
  - a) Schaffung eines eigenständigen Berufsbilds „Osteopathin/Osteopath“ durch bundesgesetzliche Normierung analog zu den Regelungen für Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und Podologie;
  - b) Entwicklung einer staatlichen Regelung zur Weiterbildung in Bayern analog der einschlägigen Regelung in Hessen („Verordnung einer Weiterbildungs- und Prüfungsordnung im Bereich der Osteopathie“);
  - c) Osteopathieausbildung als Teil der Physiotherapieausbildung durch Änderung des einschlägigen Gesetzes auf Bundesebene.
7. Wie soll der „Bestandsschutz“ für die bisher osteopathisch tätigen Personen zukünftig geregelt werden?

### **Begründung:**

Durch das Urteil des OLG Düsseldorf vom 8. September 2015 (Az. I-20 U 236/13) ist bei den die Osteopathie ausübenden Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten große Verunsicherung entstanden. Die Gründe für das Verbot der Ausübung der Osteopathie sind wettbewerbsrechtlicher, nicht medizinischer Art. Eine rechtssichere Lösung des Problems, die den berechtigten Interessen der Beteiligten Rechnung trägt, muss zeitnah erarbeitet und auf den Weg gebracht werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Gesundheit und Pflege**

**Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,  
Kathi Petersen u.a. SPD  
Drs. 17/11210**

### **Bericht zur Situation der Osteopathie**

#### **I. Beschlussempfehlung:**

**Zustimmung**

Berichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**  
Mitberichterstatter: **Bernhard Seidenath**

#### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 31. Mai 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Kathrin Sonnenholzner**  
Vorsitzende



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher SPD**

Drs. 17/11210, 17/12119

### **Bericht zur Situation der Osteopathie**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die derzeitige Situation und künftige Entwicklungsmöglichkeiten der Ausübung der Osteopathie in Deutschland zu berichten.

Dabei sollen insbesondere die folgenden Fragen behandelt werden:

1. Wie ist die Ausübung der Osteopathie derzeit rechtlich geregelt? Wie viele Personen besitzen in Bayern derzeit die Berechtigung zur Ausübung der Osteopathie?
2. Wie groß ist unter den die Osteopathie ausübenden Personen in Bayern die Zahl der Physiotherapeutinnen / Physiotherapeuten, Ärztinnen / Ärzte und respektive der Heilpraktikerinnen / Heilpraktiker?
3. An welchen Ausbildungsstätten in Bayern wird die Osteopathie derzeit in welchem Umfang unterrichtet?

4. Welche Konsequenzen hat das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege bis heute aus dem Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf vom 8. September 2015 (Az. I-20 U 236/13) gezogen? Sind diese Maßnahmen im Einklang mit anderen Bundesländern erfolgt? Wenn nicht: Zu welchen abweichenden Schlussfolgerungen kommen ggf. vergleichbare Flächenländer?
5. Ist das Thema Gegenstand von Beratungen in der Gesundheitsministerkonferenz und wenn ja, mit welchen Lösungsvorschlägen?
6. Wie beurteilt die Staatsregierung folgende Optionen zur Neugestaltung der Regelungen zur Ausübung der Osteopathie vor dem Hintergrund des Urteils des OLG Düsseldorf vom 8. September 2015 (Az. I-20 U 236/13)?
  - a) Schaffung eines eigenständigen Berufsbilds „Osteopathin/Osteopath“ durch bundesgesetzliche Normierung analog zu den Regelungen für Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und Podologie;
  - b) Entwicklung einer staatlichen Regelung zur Weiterbildung in Bayern analog der einschlägigen Regelung in Hessen („Verordnung einer Weiterbildungs- und Prüfungsordnung im Bereich der Osteopathie“);
  - c) Osteopathieausbildung als Teil der Physiotherapieausbildung durch Änderung des einschlägigen Gesetzes auf Bundesebene.
7. Wie soll der „Bestandsschutz“ für die bisher osteopathisch tätigen Personen zukünftig geregelt werden?

Die Präsidentin  
I.V.

**Reinhold Bocklet**  
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Kolleginnen und Kollegen, wir fahren mit **Tagesordnungspunkt 5** fort:

### **Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.**

### **Anlage 2)**

Die in der Anlage an Nummer 1 stehende Subsidiaritätsangelegenheit hat der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 5. Juli 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen. Die Beschlussempfehlung wurde für Sie aufgelegt. Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu **Tagesordnungspunkt 3** zurück. Bei der Übergabe der Sitzungsleitung ist verloren gegangen, dass wir über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3 noch nicht abgestimmt haben. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Professor Dr. Piazolo und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Vielfalt des lokalen Hörfunks und regionalen Journalismus nachhaltig unterstützen!" auf Drucksache 17/10800. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die

FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Tagesordnungspunkt 3 ist endgültig erledigt.

Jetzt kann ich Ihnen schon das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 17/9548 bekannt geben: Mit Ja haben 85 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 61 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Rundfunkstaatsvertrags, des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags".

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf den Drucksachen 17/11340 und 17/11820 ihre Erledigung gefunden.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u.a. CSU,

Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten

COM(2016) 287 final

BR-Drs. 288/16

Drs. 17/12102, 17/12327(E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

### Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2016 (Vf. 8-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 21 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) vom 25. Februar 2010 (GVBl. S. 66, BayRS 753-1-U), das zuletzt durch Art. 9 a Abs. 12 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 458) geändert worden ist  
Drs. 17/12162 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Der Antrag ist unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

### Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einspeisungsverpflichtung in Kabelnetze beibehalten  
Drs. 17/7404, 17/12111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. CSU Regionalen Rundfunk im digitalen Zeitalter stärken  
Drs. 17/11339, 17/12113 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr Männer in Bayerns Kindertagesstätten  
Drs. 17/9922, 17/12156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Qualitätsstandards für das Signet „Bayern barrierefrei – Wir sind dabei!“  
festlegen  
Drs. 17/10155, 17/12120 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Inge Aures,  
Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD  
Für ein zukunftsfähiges Oberfranken – ICE-Systemhalt in Coburg ein Muss  
Drs. 17/10430, 17/12114 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht über die Evaluation der bayerischen Technologieförderung  
Drs. 17/10992, 17/12116 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU  
Sicherung von Öffnungszeiten für gastronomische Freischankflächen  
Drs. 17/11163, 17/12255 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD  
Bericht zur Situation der Osteopathie  
Drs. 17/11210, 17/12119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Landraub („Landgrabbing“) in bayerischen Partnerregionen bekämpfen  
Drs. 17/11213, 17/12174 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD  
Effektiver Lärmschutz der bayerischen Bevölkerung sicherstellen  
Drs. 17/11417, 17/12124 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht über die Ermittlungen zu illegalen Ablagerungen im Schotterwerk Aub  
Drs. 17/11499, 17/12125 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht über mutmaßlich illegale Abfallentsorgung und sonstige Umweltverschmutzungen beim Schotterwerk Aub  
Drs. 17/11544, 17/12126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD  
Illegaler Abfallbeseitigung im Landkreis Würzburg  
Drs. 17/11567, 17/12127 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr Erneuerbare Energien für mehr Klimaschutz – systematische Blockaden durchbrechen  
Drs. 17/11591, 17/12117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Armut in Bayern endlich wirksam bekämpfen  
Drs. 17/9897, 17/11745 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen II: Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen  
Drs. 17/9896, 17/11747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen III:  
Jugendberufsagenturen flächendeckend einrichten!  
Drs. 17/9897, 17/11599 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

20. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen IV: Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut schützen, Betreuungsinfrastruktur anpassen!  
Drs. 17/9898, 17/11748 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen V: Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut schützen, Möglichkeiten für Teilzeitausbildungen verbessern!  
Drs. 17/9899, 17/11973 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen VI: Kindergrundsicherung zum Schutz vor Armut für Kinder und Jugendliche etablieren!  
Drs. 17/9900, 17/11749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern - Probleme und Lösungen VII: Kommunale Präventionsketten zum Schutz vor Armut für Kinder und Jugendliche!  
Drs. 17/9901, 17/11873 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen VIII: Verbesserung der sozioökonomischen Lage von Menschen mit Behinderung durch Erhöhung der Ausgleichsabgabe  
Drs. 17/9902, 17/12121 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen IX: Verbesserung der beruflichen Situation von Menschen mit einer psychischen Behinderung  
Drs. 17/9903, 17/12122 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen X: Barrierefreier Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung  
Drs. 17/9904, 17/12155 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD  
Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen XI: Angebote für Eltern von Kindern mit Behinderung  
Drs. 17/9905, 17/12123 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU  
Sozialberichterstattung II: Alleinerziehende durch Teilzeitausbildung besser fördern  
Drs. 17/10915, 17/11947 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU  
Sozialberichterstattung III: Altersarmut vermeiden  
Drs. 17/10916, 17/12007 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU  
Sozialberichterstattung IV: Bedarf an Wohnraum für Lehrlinge und Auszubildende sichern  
Drs. 17/10917, 17/11948 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU  
Sozialberichterstattung V: Obdachlosigkeit bekämpfen  
Drs. 17/10918, 17/12008 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**CSU**

**SPD**

**FREIE WÄHLER**

**GRÜ**

**ENTH**